

**INFORMATIONSBÜRO  
NICARAGUA e.V.**

**RUNDSCHREIBEN 2021**



## **Inhalt:**

- 3 editorial**
- 8 Lottie Cunningham –  
Für indigene (Land)Rechte an der  
Karibikküste**
- 12 Sandra Ramos –  
Für die Rechte arbeitsloser und  
arbeitender Frauen**
- 15 María Teresa Blandón –  
Feministinnen im Kampf  
für die Demokratie**
- 19 Que barbaridad –  
Wahljahr in Nicaragua und  
die Chancen der Opposition**

**Informationsbüro Nicaragua e.V.**

Deweerthstr. 8  
42107 Wuppertal  
Telefon 0202 - 30 00 30

Spendenkonto für die Info-Arbeit zu Nicaragua  
IBAN DE47 3305 0000 0000 9636 11  
SWIFT-BIC: WUPSDE33

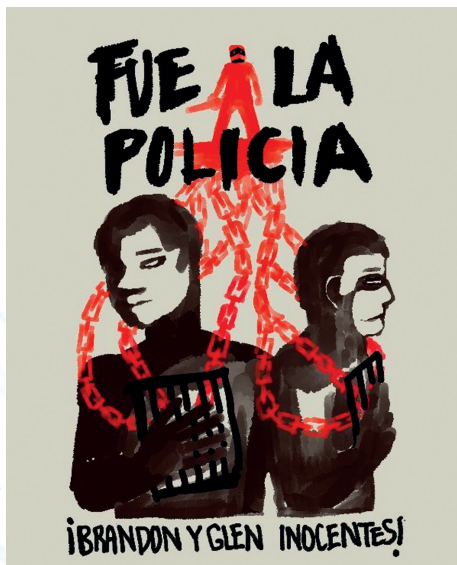
Email: [info@infobuero-nicaragua.org](mailto:info@infobuero-nicaragua.org)  
Internet: [www.infobuero-nicaragua.org](http://www.infobuero-nicaragua.org)

# editorial

Unser Rundschreiben zu beginnen, ohne über COVID19 zu schreiben, scheint unmöglich. Die Corona-Pandemie beeinflusst unser tägliches Handeln, das unserer Partnerorganisationen, die Formen unserer politischen Organisation, unserer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, sie verändert die Grundlagen unseres politisch-wirtschaftlichen Systems. Über viele Monate konnten unsere Gruppentreffen -wichtig für den sozialen Zusammenhalt und die Profilbildung- nicht oder nur eingeschränkt stattfinden. 2020 mussten die meisten geplanten Präsenzveranstaltungen in Wuppertal aber



*Aktionstheater für ein Lieferkettengesetz*



auch bundesweit (Latein-amerikatage Hamburg, Vernetzungstreffen) abgesagt werden. So konnten auch die Lesereisen für unsere neuen Nahua Scripte „Indigene Autonomie in Mesoamerika“ und „Nicaragua

und die Zukunft linker Politik“ nicht in geplanter Form und Umfang durchgeführt werden, sie hätten für die schnelle Verbreitung gesorgt und uns über die Honorare eine Refinanzierung verschafft. Dafür aber haben wir die politische Quarantäne genutzt, um neue Grundlagen für unsere Informations- und Bildungsarbeit zu schaffen: Unser zweimonatlicher Newsletter wurde ausgebaut zu einer dreiköpfigen Redaktion, er behandelt Themen zur aktuellen politischen Lage in Nicaragua, verfolgt wichtige Debatten in Lateinamerika, fokussiert auf die transnationale Solidaritätsbewegung und nimmt die globalen Süd-/Nord-Beziehungen in den Blick.

*Newsletter abonnieren hier:*

<https://infobuero-nicaragua.org/publikationen/newsletter>

Im Bildungsprojekt Creando Lazos haben wir ein neues Werkheft „Demokratie und soziale Bewegungen“ mit Beispielen aus Mittelamerika und Deutschland aufgelegt und bieten dazu Multiplikator\*innenseminare und Veranstaltungen für junge Erwachsene an. Ein weiteres neues Werkheft richtet sich an spanischsprachige Lehrkräfte und Multiplikator\*innen und vereinigt die



Schwerpunkte Menschenrechte, Demokratie, Soziale Bewegungen und Migration. Auch hierzu werden Multiplikator\*innenseminare durchgeführt, wozu wir euch gerne einladen. Die Werkhefte ergänzen unsere Publikationsreihe „Fokuscafé Lateinamerika“.

Seit Oktober 2019 führen wir gemeinsam eine Veranstaltungsreihe „Klimagerechtigkeit“ durch - 2020 mit 12 Zoom-Veranstaltungen u.a. zu Freihandel als Klimakiller, Lieferkettengesetz, faire Textilbeschaffung, Indigene Autonomie in Mittelamerika - und brachten dabei auch eigene Themen in die Kooperation mit ein. Unter dem Veranstaltungstitel „Her mit dem Guten Leben – Gegenentwürfe zur Globalen Krise“ ordneten wir die Corona-Krise in den kapitalistischen Krisenzirkel ein und zeichnten Lösungsansätze von unten auf. Diese Aktivitäten flankieren wir durch ein Aktionstheater zur textilen Kette und einen Bürgerantrag zur fairen Arbeitskleidung in der Verwaltung, durch Beteiligung am Aktionstag „Ökofaire Textilbeschaffung“ und am Tag des Guten Lebens. Auch 2021 werden wir dem Globalen Süden eine Stimme in den Veranstaltungen verschaffen, z.B. zu Auswirkungen globaler Lieferketten auf Nicaraguas Textilarbeiter\*innen, zum lateinamerikanischen Vorschlag eines „ökosozialen Paktes für den Süden“ oder zum EU-Mercosur-Handelsvertrag. Mit der Veranstaltungsreihe wollen wir uns wegbewegen von einem reinen Bildungsangebot hin zur Handlungsorientierung. In alle Veranstaltungen kann man sich auch bundesweit einschalten, die wichtigsten Vorträge dokumentieren wir als Videos, Infos auf unserer Homepage.

Besonders glücklich sind wir, dass unsere seit zwei Jahren geplante Tagung „Von Engels gelernt? Linke





Utopien und Praxis in Lateinamerika“ im September 2020 mit 50 Teilnehmenden und weiteren 20 digital Zugeschalteten als erste Präsenzveranstaltung an der Bergischen Universität Wuppertal stattfinden konnte. Hervorzuheben unter anderem das Gespräch über „Corona in Lateinamerika: Strategische Herausforderungen für soziale Bewegungen, Praxis der Selbstorganisation und postkapitalistische Politik“. Raúl Zibechi und Annette von Schönfeld, Leiterin des HBS-Büros in Rio de Janeiro, gingen vom spezifischen Charakter von sozialen Bewegungen Lateinamerikas aus, die sich von den Dynamiken in Europa oder den USA unterscheiden, indem sie als territoriale Bewegungen (Indigene, Campesinos, Stadtteilorganisationen) ein Territorium kontrollieren und sich von der „Restgesellschaft“ sozial bzw. kulturell abgrenzen. Ihr hoher Grad an Selbstorganisation zeige sich jetzt in der solidarischen Verteilung von Lebensmitteln und Hygieneprodukten sowie bei sanitären und Gesundheitsmaßnahmen. Mit Hilfe ihrer territorialen Beziehungen widersetzen sie sich nicht nur dem dominanten politisch-wirtschaftli-

chen System, sondern zeigen sich auch als Träger für eine nichtkapitalistische Alternative auf, statt um die politische Macht im traditionellen Sinne zu kämpfen. In Corona-Zeiten ermögliche dies einen weitgehenden Verzicht auf die -verbotenen- Demonstrationen, eine Abschottung nach außen und die Vertiefung ihrer sozial-ökonomischen Beziehungen nach innen. Die Vielfalt der Beiträge, Wissenschaftler, Aktivist\*innen, Bewegungsforscher\*innen werden wir aufbereiten und auf der Homepage, im Newsletter, Videostream und in einer Buchdokumentation veröffentlichen.

In 2021 planen wir eine monatliche virtuelle Veranstaltungsreihe mit Expert\*innen aus Nicaragua und Europa zur Verteidigung der Menschenrechte. Angedacht sind unter anderem Themen wie: Gewalt gegen Frauen, Landgrabbing, Rassismus, Wahlrecht, Rechtsstaatlichkeit, Lage der Opposition, Lage der Jugend, Pressefreiheit und Korruption. Wir wollen hierbei jeweils auch die am Thema arbeitenden Gruppen aus Nicaragua/ Mittelamerika vorstellen und Handlungsoptionen für solidarische Aktionen hier erarbeiten.

Wie die aktuelle politische Situation in Nicaragua aussieht und was das für unsere Partnerorganisationen bedeutet, erfahrt Ihr in den weiteren Artikeln dieses Rundschreibens. Bitte beachtet unseren Spendenaufruf, nutzt unsere Publikationen und Veranstaltungsangebote und unterstützt unsere Öffentlichkeitsarbeit. Unsere Homepage gibt jeweils aktuelle Hinweise.

Dieses Rundschreiben könnt Ihr auch in größerer Anzahl zur örtlichen Verbreitung kostenlos anfordern. Wir freuen uns über Eure Rückmeldungen.

Bleibt gesund,  
Euer Infobüro-Team

Alfredo, Amalia, Andreas, Barbara, Didi, Guillermo, Karsten, Klaus, Otmar und Ulla



# Lottie Cunningham

## Für indigene (Land) Rechte an der Karibikküste

*Im Oktober 2020 erhielt Lottie Cunningham von unserer Partnerorganisation CEJUDHCAN den Alternativen Nobelpreis. Sie wird damit für die Verteidigung der Rechte der indigenen und afrostämmigen Bevölkerung an der Karibikküste geehrt. Seit vielen Jahren setzt sie sich für deren kommunale Landrechte und für die Förderung ihrer Kultur ein.*

An der Costa Caribe lebt ein Zehntel der Bevölkerung Nicaraguas, das Territorium umfasst aber fast die Hälfte des Landes mit den größten Naturreservaten Bosawas im Norden und Indio Maíz im Süden.

Lottie Cunningham wurde 1959 in Bilwaskarma am Rio Wangki geboren (auf Spanisch Rio Coco) und gehört zur Ethnie der Miskitos. Der Fluss ist mit 780 Kilometern der längste Fluss Mittelamerikas und bildet seit 1960 die Staatsgrenze zwischen Nicaragua und Honduras. Er bestimmt wesentlich die Lebensweise der Miskitos und wie Lottie Cunningham einmal sagte, haben ihre Leute eine besondere spirituelle Verbindung zum Fluss und zum Wasser. Sie sehen sich nicht nur in einer Einheit mit der Mutter Erde, sondern speziell auch mit dem Wasser als Lebenskraft alles Lebendigen.

Lottie Cunninghams Heimatstadt Bilwaskarma war seit dem 19. Jahrhundert ein Zentrum der Aktivitäten der Missionare der Herrnhuter Brüdergemeinde, die dort das zentrale Krankenhaus für die Region aufbauten.

In den 1980er Jahren wurden die Miskitogemeinden am Rio Wangki in den Kontraktkrieg verwickelt, der schließlich im Dezember 1981 zur sogenannten "Roten Weihnacht" führte. Während dieser Militäraktion wurden 42 Miskitogemeinden von der nicaraguanischen Armee zerstört und diejenigen, die bis dahin nicht nach Honduras geflohen oder sich der Contra angeschlossen hatten, wurden zwangsweise nach Tasba Pri ins Landesinnere umgesiedelt.

Die "Rote Weihnacht" gehört bis heute zu den kaum aufgearbeiteten kollektiven Traumata des nicaraguanischen Bürgerkrieges.

Erst 1986 konnten 15.000 Miskitos an den Fluss zurückkehren und die sandinistische Zentralregierung erkannte 1987 die Autonomie der Costa Caribe an. In diesem Kontext wuchs Lottie Cunningham heran und machte zunächst eine Ausbildung als Krankenschwester, entschied sich dann jedoch für ein Jurastudium an der Jesuitenuniversität UCA in Managua, wo sie schließlich 1994 promovierte. Seit 1995 arbeitet sie als Rechtsanwältin und gründete 2003 das Menschenrechtszentrum CEJUDHCAN in Bilwi (Puerto Cabezas).

Dort entwickelte sie Programme zum Schutz von indigenen Mädchen und Frauen vor Gewalt und Missbrauch sowie zur Förderung von Frauen in Leitungsfunktionen. Ihr Hauptaugenmerk dient aber dem Kampf um die juristische Absicherung der kollektiven Landrechte indigener und afrostämmiger Gemeinschaften. Auf indigenem Gebiet liegen immerhin mehr als 90% der Wasserscheiden und die größten Waldgebiete des Landes, darüber hinaus mehr als 60% der bislang bekannten Bodenschätze Nicaraguas.





*Lottie Cunningham beim Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte*

Im August 2001 gelang Lottie Cunningham ein emblematischer juristischer Sieg zum Schutz der indigenen Rechte im Fall Awastigni, einem Dorf im nördlichen Teil der Karibikküste. Die Mayagna Gemeinschaft von Awastigni hatte vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen den nicaraguanischen Staat geklagt, da die Regierung ohne ihre Zustimmung eine Konzession zur Holzrodung an eine koreanische Firma vergeben hatte. Die Gemeinde gewann den Prozess und die Zentralregierung wurde verpflichtet, einen Rechtsrahmen für indigene Landrechte zu schaffen.

So wurde 2002 das Gesetz 445 verabschiedet, das die kommunalen Landrechte regeln soll. Das hierfür vorgesehene Verfahren, welches inzwischen weltweit als Vorbild dient, hat Lottie Cunningham entworfen.

Obwohl 304 indigene und afrostämmige Gemeinschaften Eigentumsurkunden für ihr Land besitzen, kommt es immer häufiger zu gewaltsamem Landgrabbing. Das Oakland Institute aus Kalifornien legte Anfang 2020 unter dem Titel "Nicaragua's failed revolution. The indigeneous struggle for saneamiento" eine Studie vor, die belegt, dass der Landraub für Viehzucht,

Holzexporte und Goldabbau nicht nur von illegalen Siedlern (colonos), sondern auch von joint ventures zwischen staatlichen Institutionen und ausländischen Konzernen vorangetrieben wird. Zu diesen gehören kanadische und britische Firmen und Mitglieder der herrschenden FSLN sowie der Ortega Familie, die über die ALBA Forestal Company vom illegalen Holzeinschlag profitieren.

Lottie Cunningham ist mit dem Monitoring der Schutzmaßnahmen beauftragt, die vom Interamerikanischen Gerichtshof ausgesprochen wurden. Für die vergangenen Jahre dokumentierte sie mehr als 100 Fälle von Bedrohung bis hin zu Mord, die alle straffrei blieben, da die Zentralregierung ihre Schutzfunktion nicht wahrnimmt.

Dies wurde erst kürzlich durch einen Beitrag beim US-amerikanischen Sender PBS News erneut belegt. Die Recherche zeigt, dass die große Zunahme von Rindfleischimporten in die USA mit Landgrabbing und dem Ausbau der Rinderzucht in den geraubten Gebieten in Zusammenhang steht. Lottie Cunningham bittet daher in der Reportage darum, den Kampf für indigene Rechte zu unterstützen, eine Kennzeichnung der Herkunft des Fleisches durchzusetzen und solche Fleischexporte zu boykottieren.

Für solche Kritik wird sie schon seit langem bedroht und so hoffen wir, dass der Preis sie schützen wird. In einer ersten Danksagung sagte sie: "Diese Auszeichnung ermutigt mich, den Kampf fortzusetzen, damit eines Tages soziale Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und die Verwaltung unseres eigenen Territoriums die Oberhand gewinnen."

*Der Konflikt um Land an Nicaraguas Atlantikküste wird ausführlich dargestellt im neuen Nahua Script 17: Indigene Autonomie in Mesoamerika. Wuppertal 2020*



# Sandra Ramos

## Für die Rechte arbeitsloser und arbeitender Frauen

*Sandra Ramos, Feministin und Leiterin der nicaraguanischen Organisation „María Elena Cuadra“ (MEC), ist einer unserer langjährigen Kontakte in Nicaragua und war zur Engelstagung, die wir im September 2020 in Kooperation mit der Universität Wuppertal ausgerichtet haben, eine unserer (digitalen) Gäste. In 2005 haben wir sie besucht und über sie Arbeiterinnen von maquilas interviewt, was in unsere Öffentlichkeitsarbeit hier in Deutschland eingeflossen ist. Seither steht sie uns immer wieder mit ihrer Expertise und Erfahrungen für unsere Öffentlichkeitsarbeit zur Seite.*

Die feministische Organisation „María Elena Cuadra“ (MEC) setzt sich seit Jahren für die Rechte von Arbeiter\*innen, insbesondere in der Bekleidungsindustrie, ein. Sandra Ramos leitet die Organisation seit 25 Jahren. „Als wir uns gegründet haben, hatten wir keinen Cent und haben uns unter einem Mangobaum getroffen“, erinnert sich Sandra Ramos. Mittlerweile arbeiten 30 Frauen und 3 Männer in der Organisation und setzen sich für die Rechte arbeitsloser Frauen und der arbeitenden Frauen der Bekleidungsindustrie ein, sowie weiblichen Gewaltopfern. Seit 2018 unterstützen sie die Familien politischer Gefangener mit Lebensmitteln und Rechtsberatung. Daher ist das MEC der Regierung ein Dorn im Auge.

Nachdem die nicaraguanische Polizei zwei Tage nach Sandra Ramos gesucht hatte, umzingelte und blockierte sie am 25. September 2020 den Eingang zum Bürogebäude des MEC. Sandra Ramos hatte schon lange mit der Polizei gerechnet, „weil wir Haare auf den Zähnen haben und allen sagen, was gesagt werden muss, sei es den Unternehmern, der Regierung oder wer auch immer die Rechte der Frauen angreift.“

Mutig stellte sie sich den Beamten entgegen: „Hier bin ich. Ich bin Sandra Ramos.“ Die Beamten blieben bei ihrem Erscheinen stumm und besetzten, ohne ein



Wort zu sagen, weiterhin den Bereich um das NGO-Büro. Ramos deklarierte weiter: „Wir haben keine Angst, wir müssen nicht zittern! Wir sind hier auf der Grundlage unserer verfassungsmäßigen Rechte! Wenn ihr das als Verbrechen verfolgen wollt, hier sind wir, diejenigen, die dieses Verbrechen begangen haben. (...) Das Gefängnis wird mich nicht verzehren und nicht beißen. Eines Tages werde ich rauskommen, denn es gibt nichts Ewiges.“ Die Polizei blieb vier Stunden, bis sie ohne jede Erklärung ging und ohne jemanden in Gewahrsam zu nehmen.

„Es war eine willkürliche Aktion“, erklärte Ramos Stunden später. Die Polizei „will uns Angst einjagen“, aber „sie werden uns nicht einschüchtern“. Diese Situation „ärgert uns, macht uns empört, aber man muss weiter vorwärts gehen. Der Kampf ist hier nicht zu Ende“, fuhr Ramos fort. Sie verurteilt die Einschüchterungsversuche der Ortega-Regierung. Die Polizei, die bereits sanktioniert wurde, verstoße damit gegen das Recht sich zu organisieren, gegen das Recht auf Arbeit und gegen das Recht, die eigenen Rechte zu verteidigen.

Die Polizeibelagerung der Frauenarbeitsorganisation erfolgte drei Tage, nachdem das Ortega-Regime ein neues, höchst repressives Gesetz zur Verabschiedung vorgelegt hatte. Das „Gesetz zur Regelung ausländischer Agenten“ schlägt vor, einzelne Nicaraguaner oder juristische Personen, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten, als „ausländische Agenten“ zu klassifizieren. Diese könnten dann mit dem Verlust ihrer politischen Rechte und der Beschlagnahme ihres Vermögens sanktioniert werden. Vilma Nu Nuñez, die Präsidentin unserer langjährigen Partnerorganisation CENIDH, sagte, was mit dieser Organisation geschehen sei, sei der Vorläufer dieses neuen Gesetzes.

Ramos erklärte, dass sie nicht in den Untergrund gehen und sich im Geheimen organisieren werden. Sie schreckt vor der Bedrohung durch dieses neue Gesetz nicht zurück und wird die Arbeit in privaten Häusern weiterführen. „Ich möchte etwas klarstellen: die MEC sind nicht diese Wände, nicht die Stühle, nicht die Tische. Die MEC ist ein Kampfgeist, ein Geist der Verteidigung der Menschenrechte der nicaraguanischen Frauen, und wenn wir wieder unter einem Mangobaum stehen müssen, denn so haben wir angefangen, werden wir es tun“, betonte sie.

A close-up portrait of María Teresa Blandón, a woman with short brown hair, wearing a white visor, dark sunglasses, and a purple scarf. She is smiling slightly. The background is blurred, showing other people and a blue sky.

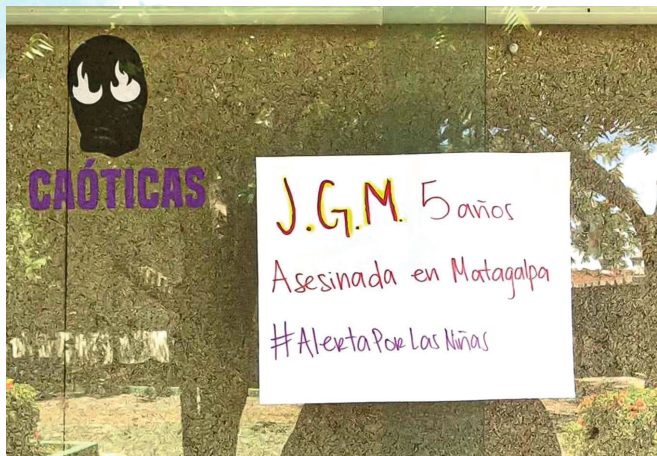
# María Teresa Blandón

## Feministinnen im Kampf für die Demokratie

*María Teresa Blandón ist Direktorin des feministischen Zentrums La Corriente in Nicaragua. Wir kennen sie, seitdem sie in den 80er Jahren im Frauensekretariat der Landarbeitergewerkschaft ATC arbeitete. 2019 nahm sie an einer von uns mit organisierten Tagung in Berlin "Nicaragua und die Zukunft linker Politik" teil. Ihre Diskussionsbeiträge zur Sozialpolitik und zum Feminismus könnt Ihr ausführlich im Nahua Script 18 nachlesen. In Nicaragua wird sie weiterhin bedroht und eingeschüchtert, zuletzt im August 2020 in ihrem eigenen Haus. Nachfolgend Auszüge eines Interviews vom 2.10.2020 in Platicando.*

Im Jahr 2020 sind bis Ende August in Nicaragua 60 Feminicide – Frauenmorde – zu verzeichnen gewesen, sowie 70 versuchte Morde. Die Feministinnen werden nicht dazu schweigen. Es sind Morde, die von der Minderwertigkeit der Frauen und einer männlichen Macht über ihren Körper ausgehen. In den letzten 10 Jahren sind mehr als 600 Frauen und Mädchen von Männern umgebracht worden. Meistens kamen die Mörder aus der unmittelbaren familiären Umgebung oder aus Arbeitszusammenhängen. Die Ursache liegt im historischen Machismo in Nicaragua. Viele Männer respektieren das Leben und die Integrität der





*J.G.M – 5 Jahre, ermordet in Matagalpa #AlarmfürMädchen*

Frauen nicht. Sie wurden zu einem aggressiven und gewalttätigen Verhalten erzogen. Der Staat duldet diese Grausamkeit und Gewalttätigkeit und so kommen sie weitestgehend straffrei davon.

Das Regime Ortega/Murillo hat seit dem Regierungsantritt die bestehenden institutionellen Mechanismen, um den Opfern zu helfen und Aggressoren zu bestrafen, außer Kraft gesetzt. Straflosigkeit ist eine Sprache des Staates, die es den gewalttätigen Männern erlaubt, diese Art von Gewalt auszuüben.

Aber generell gibt es massive Repression von Seiten des Staates. Das Regime legt ein Paket von Gesetzen vor, die sehr repressiv sind und die viele Möglichkeiten beinhalten, die Zivilgesellschaft und den unabhängigen Journalismus zu unterdrücken. Wir sind sehr besorgt über die Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft und Presse, auf die Entwicklungszusammenarbeit, eigentlich die gesamte Opposition. Diese Gesetze wurden von den orteguistischen Delegierten im Parlament verabschiedet, denn sie haben die Mehrheit. Sie können machen was sie wollen.

Als feministische Organisation haben wir das Recht, uns zu organisieren und für jede Idee einzusetzen, die wir für gerecht halten und die innerhalb der Verfassung ist. Wir haben sehr viele Rechte, auch weil sich der Staat mit vielen

NO MAS  
FEMINICIDIOS

Geldern aus der internationalen Kooperation finanziert, welche oft mit Bedingungen verbunden sind. Viele Entwicklungsprojekte des Staates werden über die internationale Zusammenarbeit finanziert. Wir brauchen uns nicht in vorauseilendem Gehorsam als „agentes extranjeros“ bezeichnen und wir begehen keine Straftat, wenn wir Gelder aus der internationalen Zusammenarbeit annehmen. Wir sind handelnde nationale Vereine, die Zuschüsse aus der internationalen Kooperation erhalten und haben alles Recht, das so zu tun. Es gibt ein Gesetz zur Regelung der gemeinnützigen Vereine. Wir brauchen keine weitere Gesetzgebung dazu. Seit Jahren können wir auf dieser Basis gut arbeiten. Wir sind Bürger\*innen mit Rechten und werden diese Rechte verteidigen.

Wir, die wir in der Zivilgesellschaft und in den feministischen Organisationen tätig sind, machen keine Parteipolitik, sondern mischen uns im öffentlichen Raum in Angelegenheiten allgemeinen Interesses ein, in das Thema der Menschenrechte, das Thema der Korruption, das Thema der Repression. Das ist festgelegt in der Verfassung und im Gesetz zur Bürgerbeteiligung.

Innerhalb der nationalen Koalition sind unsere Gruppen relevante Akteure. Nicht alle haben eindeutig den Missbrauch der Macht kritisiert. Die Feministinnen waren immer auf der Straße, wir haben immer die Gewalttätigkeit gegen Frauen kritisiert und uns für die Rechte der Frauen eingesetzt, aber auch für die Rechte der indigenen Völker und der Völker afrikanischer Abstammung und auch für

## FEMICIDIOS NICARAGUA

En **SEPTIEMBRE de 2020**  
**10 mujeres y niñas**  
**fueron asesinadas de forma cruel**

|                  |                    |
|------------------|--------------------|
| Justina, 64 años | Eliza, 25 años     |
| Rosa, 30 años    | Erlinda, 45 años   |
| L.Y.G.R 12 años  | Isolda, 36 años    |
| R.M.G.R, 10 años | Marcelina, 61 años |
| Adelina, 52 años | Y.D. 4 años        |

**¡PAREN DE MATARNOS!**

Nicaragua  
Católicas  
Derechos  
el  
Derecho a la Vida



die LGBT-Bewegung, welche Bürger\*innen mit vollen Bürgerrechten sind. Wir kritisieren auch den Wahlbetrug. Es gibt keine Demokratie ohne Gleichheit und ohne die Abschaffung der Diskriminierung. Ganz offensichtlich ist die männliche Gewalt ein zentrales Hindernis für die Gleichheit und Ausdruck der Diskriminierung.



Das Regime Ortega/Murillo wird bis zu den Wahlen die Repression erhöhen und man wird sehen, ob die nationale Koalition oder auch die Unidad Azul y Blanco eine gemeinsame Haltung finden wird. Auf der

einen Seite gibt es bei der nationalen Koalition eine klare Anerkennung der Beiträge, die die feministischen Organisationen geleistet haben. Sie haben die Repression angeklagt und haben die Opfer dieser Repression begleitet und damit Wunden geheilt, die die Gewalt hinterlassen hat. Ich bin aber nicht sicher, ob das Thema der männlichen Gewalt gegen Frauen und Kinder oder das Thema des Sexismus, die Ungleichheit zwischen Mann und Frau, Themen sind, die von der nationalen Koalition aufgegriffen wurden. Auch die Unidad Azul y Blanco ist da keine Ausnahme.

*Zum Weiterlesen: Maria Teresa Blandon, in "Nicaragua und die Zukunft linker Politik. Utopie und Verfall emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe" (Nahua Script 18). Wuppertal 2020*

# Que barbaridad



## Wahljahr in Nicaragua und die Chancen der Opposition

Alles spricht dafür, dass im November 2021 in Nicaragua gewählt werden wird. Die Bedingungen für freie und faire Wahlen sind jedoch bislang nicht gegeben und müssen erst noch erkämpft werden, im Land selbst und durch internationalen Druck.

Ziel der Massenproteste von 2018 war ja bekanntlich der Rücktritt der Regierung Ortega/Murillo und saubere, transparente und voragezogene Neuwahlen. Bedingung dafür ist natürlich die vorherige Freilassung ALLER politischen Gefangenen und eine unabhängige Aufarbeitung der Morde und Gewalttaten im Verlauf



# LA SOLIDARIDAD NO ES DELITO



der Proteste. Die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung wurde damals von einer Protestbewegung gestellt, die in ihrer Stärke, Breite und Ausdauer alle überrascht hat. Die Reaktion der Ortega/Murillo

Regierung ist bekannt. Brutale Niederschlagung der Proteste durch Polizei, Paramilitärs und bewaffnete Parteianhänger, Zeitgewinn nach Innen und Außen durch einen vermeintlichen nationalen Dialog, der schließlich von der Regierung abgebrochen wurde. Parallel dazu wurde die Repression verschärft; die Polizeikräfte wurden in beispielloser Form aufgestockt und ausgerüstet und die bürgerlichen Freiheiten wie z.B. das Demonstrationsrecht, aber auch die Pressefreiheit abgeschafft.

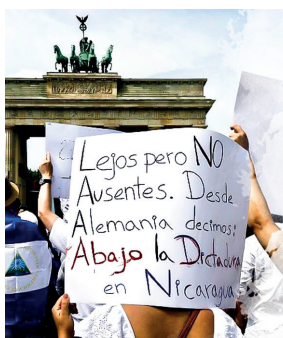
Die neu entstandenen zivilen Strukturen wurden durch Verhaftungen und Kriminalisierung geschwächt oder ins Exil gezwungen, ihre Medien konfisziert und viele Organisationen verboten.

Wer ist heute noch übrig, um dem Regime die Stirn zu bieten und den politischen Kampf um die Wahlen trotz aller Repressionen weiterzuführen?

Als Sammlungsbewegung und Netzwerk für Proteste und Blockaden ist die Unidad Azul y Blanco (UNAB) entstanden, in der heute etwa hundert Organisationen, Gruppen, NGOs und Interessenverbände landesweit organisiert sind. Sie bemühen sich mit viel Geduld und immensem Aufwand um den Aufbau de-

mokratischer Organisationsstrukturen, in denen dann politische Forderungen diskutiert und beschlossen werden sowie die eigenen Führungsstrukturen gewählt werden können, ständig behindert, bedroht und verfolgt von Polizei und organisierten Parteianhängern der FSLN. In der UNAB sind verschiedene politische Strömungen vertreten, die bürgerlich-liberale (im wahrsten Sinne), sozialdemokratische, linke, fortschrittliche und emanzipatorische Inhalte vertreten. Mit einigen Organisationen stehen wir in regelmäßigem Austausch wie zum Beispiel mit der Articulación de los movimientos sociales (AMS), Menschenrechtsgruppen, kommunalen Gruppen und zahlreichen feministischen Initiativen und Netzwerken.

Nicht selbstbestimmt entstanden, aber genauso Kind der Proteste ist die Alianza Civica (AC). Sie wurde von der Bischofskonferenz aus der Taufe gehoben, als diese als Vermittlerin zwischen Regierung und Protestbewegung von Ortega aufgefordert wurde, einen nationalen Dialog zu organisieren. So stellten die Bischöfe eine repräsentative Gruppe zusammen mit einem deutlichen Schwergewicht: nämlich die in ihrer Funktionsfähigkeit von der Regierung nicht angetasteten unterschiedlichen Unternehmerverbände. Aber es gab auch Personen aus Frauengruppen und der Bauernbewegung, studentischen Vertreter\*innen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.



Der Dialog begann schleppend, brachte aber der Regierung den Vorteil, dass nach außen (OEA, EU, USA) Verhandlungsbereitschaft vorgetäuscht werden konnte, während im Inneren der Repressionsapparat perfektioniert wurde. Die Freilassung der politischen





Gefangenen wurde immer wieder verzögert und dann in Salamatik umgesetzt, nie wurde die Forderung komplett erfüllt. Die Regierung behielt immer um die 60 Gefangene als Geiseln, aktuell sind es wieder über 100.

Innerhalb der Alianza Civica begann schon bald nach dem Abbruch des Dialogs ein munterer Reigen von Ein- und Austritten, sowohl von Einzelpersonen wie auch von ganzen Gruppen, auf der Suche nach größerer politischer Nähe und Geborgenheit, sicher aber auch immer wieder geprägt vom Abwägen möglichst großer Chancen bei den zu erwartenden Wahlen. Gleichzeitig fordert die Bevölkerung in Nicaragua und in der Diaspora ein Bündnis aller Kräfte und eine kooperierende Führung, um sich gegen das Regime, die FSLN und die Korruption der Blockparteien positionieren zu können.

Dies ist ein schwieriger Prozess und bis heute nicht endgültig gelungen.

UNAB und AC entschieden sich, als vereinigenden Block gegen die Staatspartei FSLN die Coalición Nacional als Struktur für die Wahlen zu gründen. In der Alianza waren die verschiedenen Unternehmerverbän-

de mit Teilen der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen. In der neuen Coalición Nacional haben nun die „alten“ Parteien PRD, PLC, Yatama und FDN gegenüber der Zivilgesellschaft ein deutliches Übergewicht. Außerdem kommt für einen Einigungsprozess erschwerend hinzu, dass die PLC in sich in verschiedene Strömungen gespalten ist und an ihrer Spitze immer noch Vertreter\*innen stehen, die mit dem Regime paktieren. Zudem ist der durch und durch korrupte ehemalige Präsident Arnoldo Alemán, sozusagen der Vater der Pakte mit Ortega, immer noch der starke Mann im Hintergrund und Ehrenpräsident der PLC. Die Alianza zog sich im Oktober 2020 nach einer internen Kampfabstimmung aus der Coalición zurück. Die Personen der Zivilgesellschaft, mit denen wir im Austausch standen, wie Azahalea Solis von den Feministinnen, Ernesto Medina als Vertreter des akademischen Sektors sowie Carlos Tünnermann und früher bereits Gioconda Belli traten daraufhin aus der Alianza aus. Die Unternehmerverbände und die konservativ/neoliberalen Studierendenorganisationen aus der Alianza scheinen mit einem Bündnis mit der Partei CxL von Kitty Monterrey zu liebäugeln. Sie repräsentiert das alte Geld, definiert sich konservativ/antisandinistisch und blieb aus Protest gegen die Beteiligung dissidenter Sandinist\*innen und linker Gruppierungen der Coalición fern. Warum auch die Vertreter\*innen der Costa Caribe in der Alianza für den Austritt aus der Coalición stimmten, ist uns vollkommen unklar.



Die potentielle Wählerschaft eines oppositionellen Wahlbündnisses, die Menschen, die 2018 massenhaft und heute immer noch vereinzelt Proteste tragen, sind ein Querschnitt durch die gesamte politische

Geschichte und die Gesellschaft Nicaraguas, angefangen von historischen Kämpfer\*innen der FSLN bis hin zu ehemaligen Contras. Alle sind sich einig darin, dass das Ortega/Murillo Regime abgewirtschaftet hat und mit friedlichen Mitteln von der Macht vertrieben werden muss. Darüber hinaus gibt es natürlich die unterschiedlichsten sozioökonomischen Interessen und Politikstile, aber keine Räume, um diese auf demokratische Art auszutragen. In den letzten Wochen wurden immer wieder Versammlungen der Opposition durch die Polizei verhindert bzw. aufgelöst, wie neu-lich in Matagalpa und Nueva Guinea. Die andauernde Bedrohung der wenigen noch im Land befindlichen Aktivist\*innen, der Terror gegen sie und ihre Angehörigen, die völlig rechtlose Situation der ehemaligen Häftlinge, in ständiger Furcht wieder verhaftet zu werden, die völlige Illegalisierung demokratischer Aufbauarbeit macht die Situation der Opposition nicht einfacher. Alles unterliegt der Willkür der FSLN, es gibt keinerlei rechtsstaatliche Garantien.

Die FSLN und die neue Elite des Landes kann mit ihrer autoritär/klientelistischen Politik bei Wahlen anscheinend nach wie vor auf etwa 20 – 25 % der Stimmen zählen. Sie hat die Oberste Wahlbehörde und die



Justiz unter Kontrolle und nach dem Wahlbe-  
trug der letzten Jahre auch die Mehrheit im  
Parlament. Damit wurden  
soeben vorsorglich drei  
Gesetze verabschiedet,  
die jegliche Meinungs-  
äußerungen in sozialen  
Medien und Aktivitäten  
mit Verbindung zu aus-  
ländischen Organisatio-  
nen unter Strafe stellt.  
Damit ist nicht nur die

## SUBVERSIVAS

Nos denominamos Subversivas ya que pretendemos reestructurar la manera de hacer política desde las realidades de las activistas, sin autoritarismo ni machismo que detenga a las mujeres.

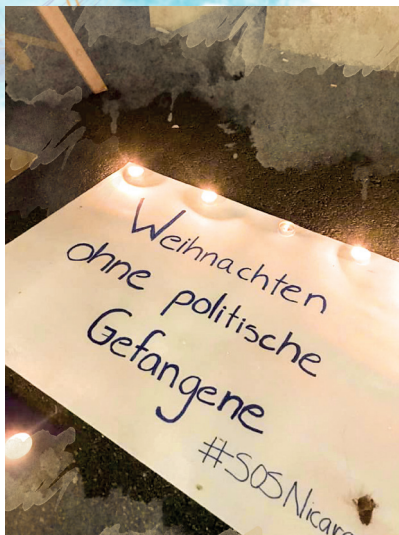
**Ni encerradas, ni con miedos.**



Einflussnahme US-amerikanischer Stiftungen gemeint, sondern auch jegliche Solidaritätsarbeit von unserer Seite, von Vereinen und Gruppen im Ausland oder auch nur beispielsweise von internationalen Medien, die ihre nicaraguanischen Korrespondent\*innen bezahlen. Deshalb haben wir gemeinsam mit anderen Gruppen entschieden gegen diese Gesetze Stellung bezogen und die Bundesregierung aufgefordert, sich für den Schutz unserer Partnerorganisationen einzusetzen.

Die Wahlen sind also im kommenden Jahr der Mittelpunkt der Auseinandersetzung und es wird auch von unserer Öffentlichkeits- und Unterstützungsarbeit abhängen, welche politischen Spielräume für emanzipatorische Kräfte erkämpft werden können. Das Regime unternimmt alles, um die Wahlen so gestalten zu können, wie es sie zur weiteren Legitimierung braucht. Mit Hilfe der unermüdlichen Gebete der Compañera Vizepräsidentin allein wird es die Wahlen nicht gewinnen können, schon eher mit institutionalisiertem Betrug, da gibt es ja lange Erfahrungen.

Für die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua heißt das, die emanzipatorischen Kräfte zu unterstützen, die an der Basis, kleinklein, für solidarisches Miteinander, für ein



Leben in Würde und in Übereinstimmung mit der Natur eintreten und dies vorleben. Dafür werden wir auch bei uns die Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen und der Wiederinkraftsetzung der bürgerlichen Rechte, insbesondere für freie, saubere und

transparente Wahlen vertreten. In Europa unterstützen wir darüber hinaus die Forderungen der asylsuchenden Nicaraguaner\*innen nach Anerkennung ihrer Asylanträge und nach menschenwürdigen Lebensbedingungen im Aufnahmeland sowie dem Recht auf Stimmabgabe im Ausland für die anstehenden Wahlen. Es gibt viel zu tun.

## Spenden nach Nicaragua 2020

|                                                |                |
|------------------------------------------------|----------------|
| <b>Frauenrechte</b>                            | <b>4000 €</b>  |
| <b>Demokratie/Partizipation</b>                | <b>4000 €</b>  |
| <b>Menschenrechte</b>                          | <b>4000 €</b>  |
| <b>Verteidigung indigener Rechte CEJUDHCAN</b> | <b>3000 €</b>  |
| <b>Gesamt</b>                                  | <b>15000 €</b> |

Die Spenden, die bei uns als allgemeine Spenden für Nicaragua eingehen, haben wir wieder zu gleichen Teilen an Netzwerke der Frauenbewegung, Netzwerke der Protestbewegung und Gruppen, die Menschenrechtsarbeit machen, weitergeleitet. Aus Sicherheitsgründen und um unsere Partnerorganisationen zu schützen machen wir keine genaueren Angaben mehr, Näheres gerne auf Nachfrage.

# Über die Unterstützung unserer Arbeit freuen wir uns:

## **für Öffentlichkeitsarbeit**

auf das Konto: 963611

IBAN: DE47 3305 0000 0000 9636 11

## **für die Arbeit unserer Partnerorganisationen in Nicaragua**

auf das Konto: 976738

IBAN: DE56 3305 0000 0000 9767 38

bei der Stadtparkasse Wuppertal

BLZ: 330 500 00

SWIFT-BIC: WUPSDE33

Informationsbüro Nicaragua



Das Rundschreiben 2021 wurde aus Mitteln des  
Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt -  
Evangelischer Entwicklungsdienst gefördert.  
Vielen Dank!



# Neu in unserer Werkheftreihe zum Globalen Lernen:



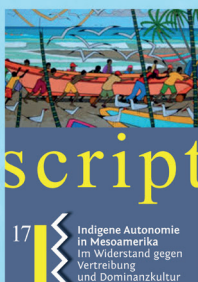
Bezug einzeln oder in der  
*Werkheftbox Fokuscafe Lateinamerika*  
Damit Bildung und Informationsaustausch möglich bleibt....



## Engelsmaske

Mit Friedrich Engels  
in Lateinamerika:  
3€ Stückpreis

## Politische Debatte und Informationsarbeit zu Mittelamerika



Bezug auch als Nahua Themenpakete